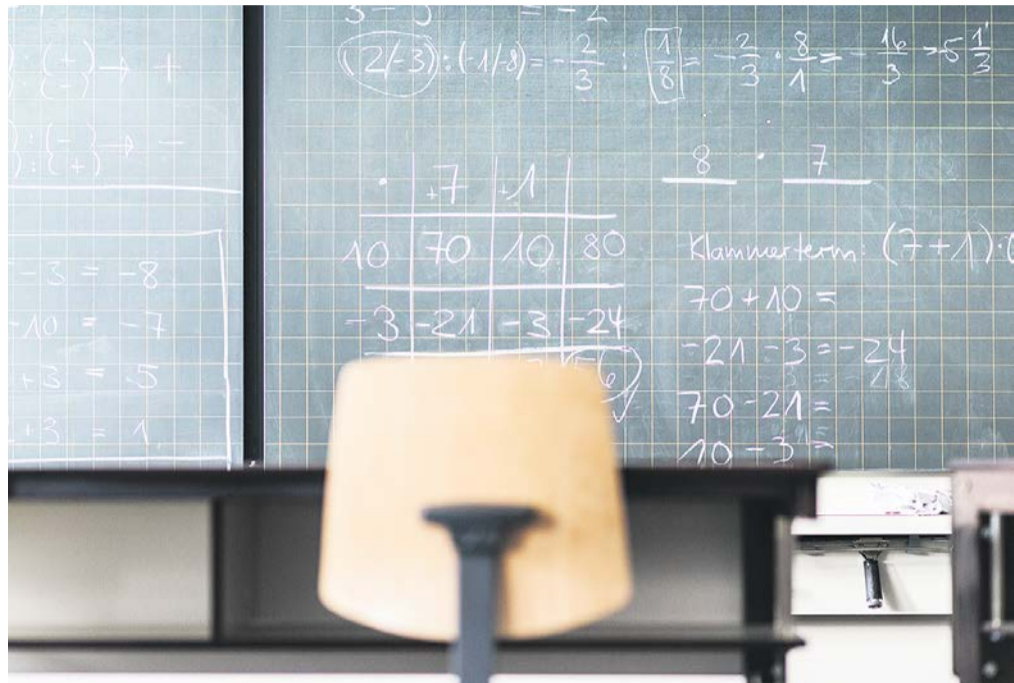


JUGEND UND BILDUNG

Die Klassengesellschaft lebt weiter

Dieser Tage wechseln Tausende SchülerInnen von der Primar- in die Sekundarstufe. Studien bestätigen: Sozial benachteiligte Jugendliche werden dabei in vielen Deutschschweizer Kantonen systematisch diskriminiert.

VON LINDA STIBLER



Nicht alle Schülerinnen und Schüler bekommen beim Wechsel in die nächsthöhere Stufe den Platz zugewiesen, für den sie qualifiziert wären.

FOTO: CHRISTIAN BEUTLER, KEYSTONE

Seit mindestens fünfzig Jahren warnen namhafte PädagogInnen, dass gerade Kinder aus ärmeren Schichten durch die frühe Selektion in der Schule in ihrer Entwicklung behindert würden. Insbesondere gilt das für die dreistufige Aufteilung in der Sekundarstufe. Doch in grossen Teilen der Deutschschweiz scheint die Warnung auf taube Ohren zu stossen: «Während sich in der Didaktik einiges verändert hat, teilen wir SchülerInnen am Ende der Primarschule immer noch in Leistungszüge ein», sagt Rebekka Sagelsdorff, Dozentin für Bildungssoziologie an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die Studie aus dem Jahr 2019, auf die sie sich in ihrer Kritik bezieht, beruht auf der Masterarbeit von August Simons, mit dem sie die wichtigsten Punkte für die Halbjahreschrift «Widerspruch» ausgearbeitet hat.

Mit der Beibehaltung der Leistungszüge in den letzten Schulreformen wurde diese zusätzliche Benachteiligung gar noch zementiert. So etwa behaupteten BefürworterInnen solcher Leistungszüge in Basel-Stadt – das in den neunziger Jahren mit der Einführung einer dreijährigen Orientierungsstufe noch als fortschrittlich galt –, dass diese mit mehr Chancengleichheit verbunden seien. Ein Trugschluss, wie jüngere Untersuchungen belegen.

Erschwerte Lernbedingungen

Die erwähnte Studie stützt sich auf Interviews mit Betroffenen und aktuelle Forschungsergebnisse. Dabei zeigt sich, dass der Alltag von SchülerInnen, die den tiefsten Leistungszug besuchen – mehrheitlich Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten und/oder mit Migrationshintergrund –, von gesellschaftlicher Stigmatisierung, erschwerten Lernbedingungen und eingeschränkten Berufsperspektiven geprägt ist.

Nach dem Scheitern einer landesweiten Harmonisierung der Sekundarstufe geben weder das Harmos-Konkordat noch der Lehrplan 21 eine allgemein verbindliche Struktur vor. So führen manche Kantone eine Gesamtschule, in der nur in einzelnen Fächern nach dem individuellen Niveau differenziert wird; andere haben bloss zwei Leistungszüge. Viele Kantone jedoch halten an der Dreigliedrigkeit fest. Die Folgen sind frappant: Gemäss einer Studie aus dem Kanton Zürich von 2013 kamen im obersten Niveau 69 Prozent der SchülerInnen aus privilegiertem, 25 Prozent aus eher privilegiertem – und niemand aus benachteiligtem Elternhaus. Selbst bei vergleichbaren Leistungen werden Kinder aus benachteiligten Schichten häufiger einem tieferen Zug zugewiesen, was laut der Studie auch daran liegt, dass dies oft aufgrund schwer klassifizierbarer Kriterien wie Motivation und Verhalten erfolgt.

Auch die Behauptung, dass Leistungszüge zu homogenen Lerngruppen führten, in denen die SchülerInnen optimal gefördert würden, ist falsch. Tatsache ist vielmehr, dass

es im tiefsten Zug Jugendliche gibt, die in einzelnen Fächern problemlos mit SchülerInnen des progymnasialen Zugs mithalten könnten. Weitere Studien zeigen, dass schwächere SchülerInnen in gemischten Gruppen viel mehr lernen, weil sie in diesen Anregung und Ansporn finden – ohne dass «gute» SchülerInnen Einbußen in ihrem Lernerfolg hinnehmen müssten.

Im «Widerspruch»-Beitrag stehen die Aussagen zweier Jugendlicher stellvertretend für andere. Da ist zum einen Bojan. Mit einer alleinerziehenden Mutter lebend, die als Putzfrau lange Arbeitstage hat, ist er oft allein und muss sich weitgehend selbst versorgen. Bojan erzählt, wie er beim Übertritt in die Sekundarstufe gemobbt wurde, weil er im untersten Niveau zu den «Dummen» gezählt wurde. Besonders schmerzhaft bleibt ihm die Enttäuschung seiner Mutter in Erinnerung, als er ins tiefste Niveau eingeteilt wurde. Er weiss, dass er damit weniger Chancen im Leben hat – und glaubt, dass er selbst schuld daran sei, weil er sich zu wenig angestrengt habe. Jetzt tröstet er sich, indem er die andern als «Streber» bezeichnet.

Zum anderen ist da Davide: Seine Mutter ist nicht erwerbstätig, der Vater IV-Rentner. Obwohl seine Noten knapp für den obersten Zug gereicht hätten, entschied er sich für den mittleren. Ende Schuljahr aber wurde Davide abgestuft. Dass er nun im tiefsten Niveau ist, hat sein Selbstbild erschüttert. Doch ist für ihn klar: Er gehört nicht hierher. Von seinen MitschülerInnen, die er als «langsam» und «nicht sehr klug» bezeichnet, distanziert er sich. Auch dass er kaum mehr etwas lernt, frustriert ihn – nach jeder Prüfung rechnet er aus, ob sein Notenschnitt für den Wiederaufstieg reicht.

Zeit für einen Systemwechsel

Oft wird vergessen, dass die Niveaufteilung bereits in der Primarschule zu grossem Druck führt. In dieser Phase der Identitätsbildung müssen Betroffene Selbstvorwürfe, die verletzend zugeschrieben als «dumm» und das Stigma des tiefsten Niveaus aushalten – und sind zugleich aufgefordert, sich zu motivieren. Kein Wunder, entziehen sich nicht wenige durch Verweigerung und Rebellion. Doch mit dem Ende der Schule ist die Ausgrenzung nicht vorbei: Bei der Lehrstellenvergabe werden Jugendliche aus dem tiefsten Zug von vielen Betrieben von vornherein aussortiert. Und auch wenn sie es schaffen, sich in die Arbeitswelt zu integrieren, wirkten die Verletzungen ihres Selbstwertgefühls oft lange nach, sagt Sagelsdorff.



«Jugend – aufbrechen, scheitern, weitergehen» in: «Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik», Nr. 76, Mai 2021. 25 Franken. www.widerspruch.ch

STADT BERN

Hauptsache, die Kasse stimmt

Die linke Berner Stadtregierung will in schwierigen Zeiten sparen. Dabei nimmt sie auch einen Abbau bei der Bildung und im Sozialbereich in Kauf.

VON BASIL WEINGARTNER

«Dass die Stadt bei den Kindern sparen will, macht mich hässig und enttäuscht mich», sagt Tobias Ulrich. Zusammen mit seiner Kollegin Melanie Steinegger führt er die Fachstelle Familienergänzende Betreuungsangebote. Im Vorjahr haben die beiden ihre Tätigkeit an einer Stadtberner Tagesschule gekündigt, weil es an Ressourcen gemangelt habe. «Für die Stadt hat die Kinderbetreuung keine Priorität», sagt Ulrich. Dass nun der Betreuungsschlüssel in den Tagesstätten verschlechtert werden solle, zeige erneut, dass die Stadt nicht in Kinder- und frühkindliche Betreuung investieren wolle, sagt Steinegger. «Das wird sich mittel- und langfristig rächen: für die Kinder, aber auch für die Gesellschaft und die Stadtkasse.»

Die geplante Kürzung in den Tagesstätten ist Teil eines mehrjährigen Spar- und Sanierungsprogramms der Berner Stadtregierung – und die zweite Sparrunde innert eines Jahres. Die linke Exekutive – vier der fünf Sitze sind in der Hand der rot-grünen Parteien – will mit dem neuen Sparpaket die Stadtkasse pro Jahr um bis zu fünfzig Millionen Franken entlasten. 238 Stellen sollen dafür gestrichen werden. Laut Regierung kommt es dabei zu keinen Entlassungen. Andere Einsparungen will sie durch «Effizienzsteigerungen» erzielen. Doch in vielen Bereichen sind auch Leistungskürzungen oder Kostenerhöhungen vorgesehen: Unter anderem sollen niederschwellige Kulturorte geschlossen, bisher kostenlos nutzbare Schwimmbäder an Private verpachtet, eine Feuerwehr-Ersatzabgabe eingeführt oder die Quartierarbeit reduziert werden. Im September kommt die Vorlage ins Stadtparlament.

«Bürgerliche Finanzpolitik»

Speziell in den Bereichen Bildung und Soziales werden die Konsequenzen unmittelbar spürbar sein. So soll beispielsweise auf ein Präventionsprojekt gegen häusliche Gewalt teilweise verzichtet werden. Und obwohl die Zahl der SchülerInnen steigt, will die Regierung auf einen vom Stadtparlament geforderten Ausbau verzichten. «Ich finde es falsch, wenn die Stadt Bern in der Bildung diese Richtung einschlägt», sagt der Präsident der städtischen Volksschulkonferenz, Markus Heinzer. Die Sparmassnahmen lösten an den überlasteten Schulen grosse Ängste aus. «Damit wird signalisiert, dass auf längere Sicht keine zusätzlichen Ressourcen zu erwarten sind und sogar ein Abbau droht.» So werde es künftig noch schwieriger, motivierte Lehrkräfte und SchulleiterInnen zu finden. «Dass die linke Stadt Bern so handelt, ist irritierend», sagt die Sozialarbeiterin Melanie Steinegger dazu.

«Die Stadt Bern wird das Label «links» der Stadt der Schweiz gerade auch wegen der sorgfältigen Finanzpolitik behalten», sagt der städtische Finanzvorsteher Michael Aebersold (SP). Man habe in den letzten Jahren «mehr investiert als je zuvor». Auch in den kommenden Jahren seien «sehr hohe Investitionen geplant», dafür nehme man bewusst eine Neuverschuldung mit Fremdkapital in Kauf. «Eine rot-grüne Stadtpolitik» sei aber nur mit einer «nachhaltigen Finanzpolitik» möglich. Dass er damit Sparen bei den laufenden Aufgaben meint, macht Aebersold seit dem Jahresabschluss 2019 immer wieder deutlich.

Damals fielen die Steuereinnahmen um knapp sechs Prozent tiefer aus als budgetiert. Bereits 2020 stiegen die Steuereinnahmen aber wieder deutlich an, waren sogar rekordhoch. Und trotz Mehrausgaben wegen der Coronapandemie hätte ohne einmalige Abschreibungen auch ohne Sparmassnahmen ein Überschuss resultiert, sagt Rahel Ruch. Die Kopräsidentin des Grünen Bündnisses stört sich daran, «dass Aebersold gleichwohl von einem «strukturellen Problem» spricht, das es mit einer Sparrunde zu lösen gelte». Sie wirft der Regierung vor, «alarmistisch zu kommunizieren und pessimistische Budgets zu erstellen». Sie verwende eine «neoliberale Rhetorik» und mache eine «bürgerliche Finanzpolitik»,

die unweigerlich in Sozialabbau münde. Damit würden grundlegende linke Werte verletzt.

Eine besonders mutige linke Politik machte die links dominierte Stadtregierung bereits vor den aktuellen Sparrunden nicht (siehe WOZ Nr. 48/20). Beim Sparen geht sie aber engagiert ans Werk. Das zeigte sich auch am letzten Wochenende. Die Kunstszene organisierte ein Protestfest gegen die Budgetkürzungen. Stadtpräsident Alec von Graffenried (Grüne Freie Liste) war als Podiumsteilnehmer eingeladen. Alle müssten sparen, auch die Kultur, sagte er. Denn wo kein Geld sei, könne auch keines fliessen. Wie die Berner Tageszeitung «Bund» berichtet, blieb der Beifall aus dem Publikum gänzlich aus. Von Graffenrieds Antwort in die Stille: «Ich applaudiere mir selber.»

Tiefsteuerträume

Als sich die linken Parteien 1992 in der Stadt Bern die Regierungsmehrheit sicherten, erbten sie von den Bürgerlichen einen enormen Schuldenberg. Erst 2001 verfügte die Stadt wieder über Eigenkapital. Tendenz damals: steigend. Doch 2011 beschloss eine Mitte-rechts-Mehrheit im Stadtparlament, dass es eine Steuerenkung geben soll, falls das Eigenkapital den Wert von 100 Millionen Franken überschreitet. Die Vorgabe wurde 2017 zwar abgeschrieben, hat aber dazu beigetragen, dass die Stadt nur bedingt Eigenkapital gebildet hat. Um eine Steuersenkung zu vermeiden, wurden Überschüsse in zweckgebundene «Sonderkasseli» gesteckt. Nun fehlen diese als allgemein verwendbare Eigenmittel. Ende 2020 betrug die Reserve noch 76 Millionen Franken – die gemäss den Prognosen der Regierung trotz Sparmassnahmen bald aufgebraucht sind. Aebersold will dies vermeiden. Denn Berner Gemeinden mit einem sogenannten Bilanzfehlbetrag riskieren mittelfristig eine Intervention durch den Kanton. Für Rahel Ruch ist dieses Risiko aufgrund längerer Vorlaufzeiten derzeit tragbar: «Viel problematischer ist es, in der aktuellen Coronakrise zu sparen.»

Eine besonders mutige linke Politik machte die Regierung auch vor dieser Sparrunde nicht.

In der SP-Fraktion werde der Sparbedarf nicht grundsätzlich bestritten, sagt derweil der SP-Finanzpolitiker Michael Sutter. «Es hat durchaus Sparmassnahmen dabei, welche die Lebensqualität und die sozialen Angebote kaum einschränken.» Einen Abbau in der Bildung und im Sozialbereich werde die SP im Parlament aber bekämpfen. Und während die Stadtregierung eine Steuererhöhung ausschliesst, will Sutter über eine solche diskutieren. Zumindest dann, wenn sich die finanzielle Situation im kommenden Jahr nicht verbessert hat. Und falls sich die Finanzlage entspannt? «Dann werden wir auch Sparmassnahmen überdenken müssen», sagt Sutter.

Beschränkter Handlungsspielraum

Gerade aus linker Sicht dürfe auch eine Steuererhöhung «kein Tabu» sein, findet auch der Ökonom Hans Baumann. Denn der finanzielle Handlungsspielraum von Städten sei beschränkt. Auch seien die Folgen der Unternehmenssteuerreform für die Städte noch nicht abschätzbar. Eine gewisse Vorsicht bei der städtischen Finanzplanung sei daher nachvollziehbar. Unverständlich sei für ihn aber, dass die bernische Exekutive keine Alternativen suche. «So ist es temporär durchaus auch eine Option, die ganzen Investitionen oder sogar laufende Ausgaben mit Drittmitteln zu finanzieren.»

«In der Schweiz gibt es eine lange Tradition einer zyklischen Finanzpolitik, in der selbst in Krisen gespart wird», sagt Thomas Göttin, der die Stadtberner Finanzpolitik als SP-Politiker längere Zeit mitprägte. Dass die Stadt das nun ebenso macht, stimmt ihn nachdenklich: «Ich persönlich halte das nach wie vor für falsch.» Wenn Staaten oder Städte mit drohenden Defiziten und Milchbüchlirechnungen argumentierten, sei dies häufig ein Vorwand für eine restriktive Austeritätspolitik.